

Regierung - Saarbrücken

## Land plant Entschädigungen für Opfer rassistischer Gewalt

13. Juni 2023, 14:50 Uhr

*Direkt aus dem dpa-Newskanal*

Saarbrücken (dpa/lrs) - Die saarländische Landesregierung zieht Konsequenzen aus dem Fall Samuel Yeboah: Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) kündigte am Dienstag an, dass die Landesregierung einen Entschädigungsfonds für Opfer rassistischer Gewalt einrichten werde. "Auch, wenn kein Geld der Welt entstandenes Leid ungeschehen machen kann: Eine Entschädigung bedeutet vor allem Anerkennung des Leidens und des Verlustes", sagte sie. Bei einem Brandanschlag vor mehr als 30 Jahren war der 27-jährige Flüchtling Yeboah aus dem westafrikanischen Ghana nach schwersten Verbrennungen gestorben.

Rehlinger sprach ihr "tiefes Bedauern über die gemachten Fehler im gesellschaftlichen, im politischen, polizeilichen oder auch sonstigen Umgang mit dem Tod von Samuel Yeboah" aus. Im Namen der saarländischen Landesregierung bat sie die Opfer des Brandanschlages von Saarlouis und Angehörige "um Entschuldigung für Fehler der damaligen Zeit, egal, ob sie schon jetzt bekannt sind oder ob sie möglicherweise auch noch durch die entsprechende Aufarbeitung herausgearbeitet werden".

Vor dem Oberlandesgericht Koblenz muss sich seit November 2022 ein heute 52-Jähriger wegen Mordes sowie versuchten Mordes verantworten. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Deutschen vor, das Feuer aus rassistischer Gesinnung gelegt zu haben. Vor einer Woche war ein weiterer Mann in dem Fall festgenommen worden.

© dpa-infocom, dpa:230613-99-39850/2

---

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:  
[www.sz.de/szplus-testen](http://www.sz.de/szplus-testen)

---

URL: [www.sz.de/dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230613-99-39850](http://www.sz.de/dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230613-99-39850)

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: Direkt aus dem dpa-Newskanal